

Rahmenvereinbarung

zwischen

der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft

Massaquoipassage 1, 22305 Hamburg, vertreten durch die Hauptgeschäftsführung, diese vertreten durch Frau Dr. Hase-Greheninkova

- im Folgenden **Auftraggeberin (AG)** genannt -

und

- im Folgenden **Auftragnehmer/in (AN)** genannt -

- im Folgenden jeweils einzeln die „**Partei**“ oder gemeinsam die „**Parteien**“-

wird die im Folgenden beschriebene Rahmenvereinbarung geschlossen, die sich auf die folgende Dienstleistung bezieht:

Beratungsleitungen SAP FI/CO

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	2
§ 1 VERTRAGSGEGENSTAND	3
§ 2 VERTRAGSBESTANDTEILE	3
§ 3 EINZELABRUF / ABSCHLUSS VON EINZELVERTRÄGEN	4
§ 4 KEINE ABRUFVERPFLICHTUNG	4
§ 5 HÖCHSTWERT	4
§ 6 VERTRAGSLAUFZEIT, KÜNDIGUNG	4
§ 7 LEISTUNGEN DES AUFTRAGNEHMERS	5
§ 8 AUFTRAGSORGANISATION	6
§ 9 PERSONALEINSATZ	6
§ 10 BEAUFTRAGUNG VON UNTERAUFTRAGNEHMERN	8
§ 11 MITWIRKUNGSPFLICHTEN DER AUFTRAGGEBERIN	9
§ 12 VERGÜTUNG	9
§ 13 RECHNUNG / ZAHLUNG	9
§ 14 HAFTUNG	10
§ 15 ANTIKORRUPTIONSKLAUSEL	10
§ 15 SCHLUSSBESTIMMUNGEN/SALVATORISCHE KLAUSEL	12

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung ist die Dienstleistung

„Beratungsleitungen SAP FI/CO“.

- (2) Diese Rahmenvereinbarung regelt die Bedingungen für sämtliche auf dienstvertraglicher Basis zu erbringenden Leistungen, die die Auftraggeberin durch Einzelabruf an den Auftragnehmer vergibt. Einzelabruf bezeichnet den Abschluss eines Einzelvertrags basierend auf dieser Rahmenvereinbarung sowie dem EVB-IT Dienstvertrag einschließlich der Ergänzenden Vertragsbedingungen EVB-IT Dienstleistungs-AGB in der jeweils gültigen Fassung, vgl. § 3 dieser Rahmenvereinbarung, wobei im Falle von Widersprüchen die in § 2 dieser Rahmenvereinbarung bestimmte Reihenfolge gilt. Inhalt und Umfang sind in der Leistungsbeschreibung zum Vergabeverfahren **VBG/2025/12/6612** festgelegt.

§ 2 Vertragsbestandteile

- (1) Vertragsbestandteile sind in aufgeführter Rangfolge:
- a) die Bestimmungen dieser Rahmenvereinbarung;
 - b) die Bestimmungen des EVB-IT Dienstvertrag in der jeweils gültigen Fassung;
 - c) die Bestimmungen der EVB-IT Dienstleistungs-AGB in der jeweils gültigen Fassung;
 - d) ggf. der aus dem Vergabeverfahren entstandene Frage- und Antwortkatalog;
 - e) Leistungsbeschreibung;
 - f) das finale Angebot vom _____;
 - g) Verpflichtung auf das Daten- und Sozialgeheimnis
 - h) Zusätzliche Vertragsbedingungen der VBG (ZVB);
 - i) die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen, Teil B (VOL/B), in der jeweils aktuell gültigen Fassung, derzeit 2003;
 - j) die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).
- (2) Sollten zwischen den Vertragsbestandteilen Widersprüche bestehen, so gelten die Vertragsbestandteile in der oben genannten Reihen- und Rangfolge.

- (3) Entgegenstehende, zusätzliche oder von den Vertragsbestandteilen abweichende Bedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsinhalt, werden auch künftig nicht Bestandteil dieser Rahmenvereinbarung und entfalten gegenüber der Auftraggeberin keine rechtsverbindliche Wirkung. Dies gilt auch, sofern der Auftragnehmer nach Vertragsschluss etwa im Rahmen der Korrespondenz mit der Auftraggeberin auf andere Allgemeine Geschäftsbedingungen verweist oder diese beilegt oder die Auftraggeberin Leistungen des Auftragnehmers vorbehaltlos annimmt.

§ 3 Einzelabruf / Abschluss von Einzelverträgen

Die Auftraggeberin ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, den Auftragnehmer auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung mit der Erbringung von Leistungen zu beauftragen. Die Beauftragung erfolgt über einen Einzelabruf mittels EVB-IT Dienstvertrag (inklusive der Ergänzenden Vertragsbedingungen EVB-IT Dienstleistungs-AGB) in der jeweils gültigen Fassung unter Maßgabe der Inhalte dieser Rahmenvereinbarung, der Leistungsbeschreibung sowie dem Preisblatt (Abschluss eines Einzelvertrags). Eventuelle Abweichungen hiervon werden im jeweiligen Einzelabruf kenntlich gemacht.

§ 4 Keine Abrufverpflichtung

Bei den Angaben im Preisblatt handelt es sich um eine unverbindliche Schätzung der Auftraggeberin, dass sie die dort aufgeführten Mengen während der Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung abrufen wird. Eine Verpflichtung der Auftraggeberin zum Abruf der gesamten Leistung besteht nicht. Aus einem teilweisen Nichtabruf kann der Auftragnehmer keine Rechte oder Ansprüche (z.B. Entschädigung, Schadensersatz etc.) herleiten.

§ 5 Höchstwert

- (1) Höchstwert dieser Rahmenvereinbarung - und somit maximale Abrufsumme - ist der Betrag in Höhe von 336.000 -- EUR netto, über eine Vertragslaufzeit von bis zu vier (4) Jahren. Hieraus ergeben sich keine Ansprüche des Auftragnehmers auf den Abschluss von (Einzel)Verträgen.

§ 6 Vertragslaufzeit, Kündigung

- (1) Diese Rahmenvereinbarung wird mit Zuschlagserteilung wirksam. Die Rahmenvereinbarung hat eine Mindestvertragslaufzeit von 3 Jahren. Sie beginnt am **15. September 2026** und endet mit Ablauf des **14. September 2029**.
- (2) Diese Rahmenvereinbarung verlängert sich automatisch erstmalig um 6 Monate, sofern sie nicht spätestens 6 Monate vor Ablauf der Mindestvertragslaufzeit durch eine Partei gekündigt wird. Sie beginnt am 15. September 2029 und endet mit Ablauf des 14. März 2030.
- (3) Diese Rahmenvereinbarung verlängert sich letztmalig automatisch um weitere 6 Monate, sofern sie nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der ersten Verlängerungsoption durch eine Partei gekündigt wird.

- (4) In dem Fall, dass die Auftraggeberin von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht und die Rahmenvereinbarung sich zweimalig um jeweils 6 Monate verlängert, endet diese Rahmenvereinbarung spätestens zum **14. September 2030**, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

Eine stillschweigende Verlängerung über den 14. September 2030 hinaus oder eine Verlängerung auf Verlangen des Auftragnehmers ist ausgeschlossen. Auch die Forderung und Entgegennahme von Leistungen aus Einzelverträgen (Einzelabruf), die auf Basis dieser Rahmenvereinbarung geschlossen wurden, stellt keine Verlängerung der Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung dar.

- (5) Die Laufzeit und die Leistungserbringung aus den Einzelverträgen werden durch die Beendigung dieser Rahmenvereinbarung nicht berührt.
- (6) Beide Vertragsparteien sind zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt. Ein wichtiger Grund zur Kündigung durch die Auftraggeberin liegt insbesondere dann vor, wenn
- die AN wesentliche Vertragspflichten verletzt und dies auch nach erfolgter Abmahnung fortsetzt;
 - die AN Insolvenz anmeldet.
- (7) Die Kündigung der Rahmenvereinbarung bedarf der Schriftform.
- (8) Die Rahmenvereinbarung endet, unabhängig von den in den Abs. 1 bis 4 festgehaltenen Regelungen, sobald der in § 5 genannte Höchstwert abgerufen bzw. ausgeschöpft wurde. Unabhängig von den Laufzeiten in den Abs. 1 bis 4 haben beide Vertragsparteien regelmäßig mit Dokumentation zu überprüfen, ob der Höchstwert alsbald erreicht wird. **Der AN liefert für die Erfüllung dieser Dokumentationspflicht gegenüber der AG zum 31.12. eines jeden Jahres einen Jahreskontoauszug an die AG (Kontokorrent).** Ist der Höchstwert alsbald erreicht, haben sich die Vertragsparteien diesbezüglich unverzüglich informativ auszutauschen. Der AG steht damit ein gesondertes Kündigungsrecht mit sofortiger vorzeitiger Beendigung der Rahmenvereinbarung bei Erreichen des Höchstwertes zu. Die Kündigung der AG hat unverzüglich schriftlich zu erfolgen. Die AG ist damit, nach Ermittlung eines weiteren Bedarfes, berechtigt, ein neues Vergabeverfahren zu diesem Leistungsgegenstand einzuleiten.

§ 7 Leistungen des Auftragnehmers

- Der vom Auftragnehmer geschuldete Leistungsumfang ergibt sich aus der Leistungsbeschreibung und anhand der Einzelabrufe.

§ 8 Auftragsorganisation

- (1) Auftraggeberin und Auftragnehmer benennen jeweils einen Ansprechpartner. Diese sind für den Kontakt zwischen den Parteien zuständig und informieren sich gegenseitig über alle wichtigen Punkte hinsichtlich der Durchführung des Vertrages. Hierzu gehört auch das Geben und Nehmen von verbindlichen Vorgaben in Bezug auf die zu erbringenden Leistungen und Informationen zu Rahmenbedingungen, wie z.B. IT-Standards oder Sicherheitsrichtlinien.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, der Auftraggeberin auf deren Anfrage eine Gesamtübersicht über ihre bisher getätigten Leistungen aus sämtlichen Einzelabrufen zur Verfügung zu stellen. Die Gesamtübersicht muss eine Aufteilung nach Einzelabläufen umfassen.
- (3) Auftraggeberin und Auftragnehmer werden kontinuierlich und eng kooperieren, um die in der Leistungsbeschreibung definierten Projektziele zu erreichen. Etwasige Probleme hinsichtlich der in der Leistungsbeschreibung definierten Projektziele werden frühzeitig und einvernehmlich gelöst.

§ 9 Personaleinsatz

- (1) Die Organisation der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen, insbesondere die Auswahl und Einteilung des Personals, erfolgt durch den Auftragnehmer in Abstimmung mit der Auftraggeberin. Die Mitarbeitenden des Auftragnehmers werden nicht in den Betrieb der Auftraggeberin eingegliedert. Dies gilt insbesondere für die organisatorische Einbindung. Ausschließlich der Auftragnehmer ist gegenüber seinen Mitarbeitenden weisungsberugt.
- (2) Der Auftragnehmer setzt zur Leistungserfüllung der Einzelverträge (vgl. § 3) verfügbares und ausreichend qualifiziertes Personal in ausreichender Anzahl ein.
- (3) Sollte ein Personalwechsel erforderlich werden, so muss weiterhin die qualifizierte Leistungserbringung in Absprache mit der Auftraggeberin spätestens nach 4 Wochen adäquat durch einen anderen Mitarbeitenden des Auftragnehmers sichergestellt sein.
- (4) Der Auftragnehmer sorgt auf eigene Kosten für eine angemessene Aus- und Fortbildung der Mitarbeitenden sowie für die Schulung und Ein- sowie Unterweisung neuer Mitarbeitenden vor Beginn ihres Einsatzes durch den jeweiligen Ansprechpartner des Auftragnehmers. Schulungen, Fortbildungen, regelmäßige Unterweisungen und Einweisungen von Mitarbeitenden des Auftragnehmers sind auf Nachfrage der Auftraggeberin dieser gegenüber durch den Auftragnehmer nachzuweisen.
- (5) Der Auftragnehmer ist für die Erfüllung aller Verpflichtungen nach Maßgabe der gesetzlichen, behördlichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinen Mitarbeitenden selbst verantwortlich. Auf Verlangen der Auftraggeberin hat der Auftragnehmer jederzeit die Einhaltung der vorgenannten Verpflichtungen nachzuweisen.

- (6) Die Auftraggeberin ist berechtigt, bei Vorliegen eines wichtigen Grundes zu verlangen, dass Personal des Auftragnehmers sofort von einem Einsatz im Rahmen des Auftrages ausgeschlossen und durch anderes Personal ersetzt wird. Ein solcher wichtiger Grund liegt u.a. vor, wenn der Mitarbeitende die vorgesehenen Kontaktwege über den Auftragnehmer nicht einhält oder sich als Mitarbeitender der Auftraggeberin geriert. Die Auftraggeberin ist verpflichtet, dem Auftragnehmer auf dessen Verlangen die Gründe für die Ablöseaufforderung mitzuteilen. Der Auftragnehmer muss der Ablöseaufforderung nachkommen.
- (7) Der Auftragnehmer wird seine Mitarbeitende über die maßgeblichen Regelungen zur Durchführung eines Vertrags einweisen. Insbesondere wird er sie auf Einhaltung der Kontaktwege (§ 8) verpflichten sowie anweisen, jegliches Verhalten zu unterlassen, das bei Dritten den Eindruck erwecken könnte, dass sie in einem Arbeits- oder Beschäftigungsverhältnis zur Auftraggeberin stehen. Im Übrigen wird der Auftragnehmer seine Mitarbeitende in sämtliche bei einer Vor-Ort-Tätigkeit einzuhaltenden Vorschriften und Vorgaben verpflichten, insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit und die Vertraulichkeit.
- (8) Auftragnehmer und Auftraggeberin stellen sicher, dass die Mitarbeitenden des Auftragnehmers zu jeder Zeit als externe Kräfte des Auftragnehmers als Dienstleister erkennbar sind. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf eine Vor-Ort-Tätigkeit, bei der die Mitarbeitenden des Auftragnehmers grundsätzlich räumlich getrennt von den Beschäftigten der Auftraggeberin arbeiten.
- (9) Der Auftragnehmer muss die geplante Anzahl der von ihm zur Erbringung einzelner Leistungen (z.B. Teilnahme an Besprechungen) einzusetzenden Mitarbeitenden mit der Auftraggeberin vor der jeweiligen Leistungserbringung abstimmen.
- (10) Die Auftraggeberin kann mit schriftlicher Begründung den unverzüglichen Austausch eines Mitarbeitenden des Auftragnehmers verlangen, wenn dieser wiederholt und schwerwiegend gegen vertragliche Pflichten verstoßen hat. Die im Angebot des Auftragnehmers aufgrund ihrer Qualifikation und Erfahrung namentlich genannten Mitarbeitenden müssen die vertraglichen Leistungen grundsätzlich selbst erbringen. Ist aus zwingenden Gründen (z.B. längere Krankheit, Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses mit dem Auftragnehmer) ein Austausch dieser Mitarbeitenden notwendig, so müssen diese durch im Wesentlichen gleichermaßen qualifiziert und erfahrene Mitarbeitende ersetzt werden. Die durch den Wechsel entstehenden Kosten trägt der Auftragnehmer.
- (11) Die vom Auftragnehmer eingesetzten Mitarbeitenden werden nicht in die Arbeitsabläufe oder betriebliche Organisation der Auftraggeberin eingegliedert. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die von ihm eingesetzten Kräfte (eigenes Personal, Unterauftragnehmer) in den Liegenschaften der Auftraggeberin als Externe kenntlich gemacht sind. Auf Anforderung der Auftraggeberin hat der Auftragnehmer alle ihre in den Liegenschaften der Auftraggeberin eingesetzten Mitarbeitenden sowie die der Unterauftragnehmer namentlich mitzuteilen.
- (12) Sollte eine der Parteien feststellen, dass Anzeichen für eine Eingliederung vorliegen, wird sie hierüber unverzüglich die andere Partei in Textform informieren. Die Parteien werden hiernach unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen gegen eine Eingliederung ergreifen.

- (13) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber allen gesetzlichen und etwaig vorhandenen tarifvertraglichen Verpflichtungen nachzukommen.

Dies bedeutet im Einzelnen insbesondere Folgendes:

- a. Ausländische Mitarbeitende des Auftragnehmers dürfen von diesem nur beschäftigt werden, wenn die erforderlichen Unterlagen (Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen u.Ä.) vorliegen.
- b. Leistungen dürfen vom Auftragnehmer nicht bei Personen in Auftrag gegeben werden, die diese Leistungen unter Verstoß gegen das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 2004 (BGBl. I S. 1842) erbringen.
- c. Der Auftragnehmer erklärt mit Wirkung des Vertragsabschlusses für sich, seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß nachzukommen und dass bei ihm keine Beitrags- oder Steuerrückstände bestehen.

§ 10 Beauftragung von Unterauftragnehmern

- (1) Der Auftragnehmer ist alleiniger Vertragspartner der Auftraggeberin; er ist für die angebotenen Leistungen allein verantwortlich.
- (2) Es gilt Ziffer 8 der EVB-IT Dienstleistungs-AGB, wonach der Einsatz oder die Auswechslung von Unterauftragnehmern nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Auftraggeberin zulässig ist. Möchte der Auftragnehmer einen Unterauftragnehmer mit der Erbringung von Teilen der von ihm geschuldeten Leistungen beauftragen, hat der Auftragnehmer die Auftraggeberin unter Angabe der vollständigen Firmierung und des Geschäftssitzes (ladungsfähige Anschrift) des potenziellen Unterauftragnehmers über diesen Wunsch zu informieren.
- (3) Für den Fall des Einsatzes von Unterauftragnehmern hat der Auftragnehmer
 - a) bei der Übertragung von Teilen der Leistung (Unterauftrag) nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu verfahren,
 - b) dem Unterauftragnehmer auf sein Verlangen hin die Auftraggeberin zu benennen,
 - c) dem Unterauftragnehmer insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise, Gewährleistung und Sicherheitsleistungen - einzuräumen, als sie zwischen Auftragnehmer und Auftraggeberin vereinbart sind.
- (4) Bei der Einschaltung von Unterauftragnehmern haftet der Auftragnehmer für das Verhalten der von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer und freien Mitarbeitenden wie für eigenes Verhalten. Fehlendes Auswahlverschulden kann nicht geltend gemacht werden.

§ 11 Mitwirkungspflichten der Auftraggeberin

- (1) Die Auftraggeberin stellt sicher, dass im Bereich ihrer Betriebssphäre alle Voraussetzungen rechtzeitig gegeben sind, die zu einer ordnungsgemäßen Durchführung der im Einzelvertrag definierten Leistungen erforderlich sind. Ist der Auftragnehmer der Auffassung, die Auftraggeberin kommt ihren Mitwirkungspflichten nicht vollständig nach, so wird er diese darauf hinweisen und konkret beschreiben, welche Mitwirkungspflichten nach seiner Auffassung für seine eigene Leistungserbringung von der Auftraggeberin noch erfüllt werden müssen.
- (2) Sämtliche Arbeitsmittel, die zur Erbringung der Leistung erforderlich sind, werden von der Auftraggeberin zur Verfügung zu stellen.

§ 12 Vergütung

- (1) Die Vergütung wird im jeweiligen Einzelvertrag anhand der im Preisblatt angegebenen Preise vereinbart.
- (2) Die Vergütung erfolgt nach Zeitaufwand zum Nachweis; das jeweils abzurechnende Zeitintervall beträgt 0,25 Stunden. Die Rechnungsstellung erfolgt nach Ausführung des Einzelvertrages gem. § 13 dieser Rahmenvereinbarung monatlich nachträglich unter Beifügung einer detaillierten Auflistung aller abgerechneten Einzelleistungen. Bei Abrechnung von Personalaufwänden sind die Personen, deren Tagessätze und Tageseinsätze (ggf. unter pro rata - Angaben) das Arbeitspaket/ der Einzelabruf und die detaillierte Beschreibung von deren an den jeweiligen Tagen ausgeführten Tätigkeiten aufzuführen.
- (3) Reisekosten sowie Reisezeiten werden nicht gesondert vergütet.

§ 13 Rechnung / Zahlung

- (1) Rechnungen sind an die Auftraggeberin ausschließlich unter Angabe der Vergabenummer (VBG/2025/12/6612) / Auftragsnummer als Einzelrechnung zu adressieren an:

VBG-Hauptverwaltung
Stabsstelle Beschaffung
Massaquoipassage 1
22305 Hamburg

und per Mail im PDF Format (Attachment) an eingangsrechnung@vbg.de zu senden.

Pro E-Mail ist nur eine PDF-Datei (Rechnung inkl. Anlagen) zu versenden. Die E-Mail darf keine weiteren Dateianhänge (auch keine Visitenkarten, etc.) beinhalten. Das E-Mail-Format muss „Text“ (nicht HTML) sein.

Rechnungen, die diesen formalen Anforderungen nicht genügen, werden unverzüglich mit einer Korrekturaufforderung an den Absender zurückgesandt und der Zahlungsanspruch bis zum Posteingang einer korrigierten und formal einwandfreien Rechnung ausgesetzt.

- (2) Die Zahlungen erfolgen im Überweisungsverkehr auf ein vom Auftragnehmer in Textform zu benennendes Konto.
- (3) Die Zahlung des Rechnungsbetrages erfolgt nach Erfüllung der Leistung. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Kalendertage und beginnt mit Zugang der prüfbaren und ordnungsgemäßen Rechnung. Die Rechnungen müssen den Anforderungen der §§ 14, 14a UStG genügen.
- (4) Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin statthaft. § 354a HGB bleibt davon unberührt.
- (5) Eine Vorauszahlung durch die Auftraggeberin wird ausgeschlossen.

§ 14 Haftung

Für die Haftung der Parteien gilt Ziffer 13 der EVB/IT Dienstleistungs-AGB

§ 15 Antikorruptionsklausel

- (1) Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist die Auftraggeberin gem. § 314 BGB berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn Ausschlussgründe im Sinne des § 31 Abs.2 UVgO vorliegen.
- (2) Ein Ausschlussgrund nach Absatz 2 ist auch die Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruhen, die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere eine Vereinbarung mit Dritten über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) und über die Festlegung von Preisempfehlungen.
- (3) Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin alle Schäden zu ersetzen, die der Auftraggeberin unmittelbar oder mittelbar durch die außerordentliche Kündigung oder den Rücktritt vom Vertrag entstehen, es sei denn der Auftragnehmer hat die außerordentliche Kündigung oder den Rücktritt oder die hierzu berechtigenden Umstände nicht zu vertreten. Sofern die Auftraggeberin keinen höheren Schaden nachweist, hat der Auftragnehmer an die Auftraggeberin eine Schadensersatzpauschale in Höhe von 5 % der Netto-Auftragssumme aller unter dieser Rahmenvereinbarung geschlossenen Einzelverträge zu bezahlen. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass der Schaden tatsächlich niedriger ist oder tatsächlich kein Schaden entstanden ist. Erbringt der Auftragnehmer diesen Nachweis, so braucht er nur den nachgewiesenen niedrigeren Schaden zu bezahlen.
- (4) Liegt ein Ausschlussgrund nach § 31 Abs.2 UVgO vor, weil der Auftragnehmer nachweislich eine schwere Verfehlung (Vorteilsgewährung § 333 StGB oder Bestechung §

334 StGB) oder eine vergleichbare nachweisbare Verfehlung außerhalb redlicher geschäftlicher Gepflogenheit begangen hat, hat der Auftragnehmer an die Auftraggeberin für jede Verfehlung eine Vertragsstrafe zu zahlen, unabhängig davon, ob die Auftraggeberin ihr Recht auf Rücktritt vom Vertrag ausübt oder nicht.

- (5) Die Höhe der Vertragsstrafe beträgt das 5-fache des Wertes der angebotenen oder gewährten Geschenke oder sonstigen Vorteile, insgesamt jedoch höchstens 1 % der Netto-Auftragssumme aller unter dieser Rahmenvereinbarung geschlossenen Einzelverträge.
- (6) Weitergehende Schadensersatzansprüche der Auftraggeberin bleiben unberührt.

Nicht mit dem Teilnahmeantrag einreichen!

§ 15 Schlussbestimmungen/Salvatorische Klausel

- (1) Stillschweigende, mündliche oder schriftliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen dieser Rahmenvereinbarung bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung oder Ergänzung dieses Schriftformerfordernisses. Die Parteien sind sich darüber einig, dass die Schriftform auch durch Übersendung unterzeichneter Erklärungen per E-Mail (z.B. als Scan im PDF-Format) an die von den Parteien für die Kommunikation im Rahmen dieses Vertrages mitgeteilte E-Mail-Adressen gewahrt ist.
- (2) Die mit den Vergabeunterlagen überreichte Rahmenvereinbarung wurde vom Auftragnehmer mit der Angebotsabgabe in Textform als Vertragsgrundlage anerkannt. Diese Rahmenvereinbarung kommt nach der Unterzeichnung rechtsverbindlich mit dem Zuschlag im Vergabeverfahren zustande.
- (3) Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig sein oder infolge Änderung der Gesetzeslage oder auf andere Weise ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig werden oder weist dieser Vertrag Lücken auf, so sind sich die Parteien darüber einig, dass die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages davon unberührt und gültig bleiben. Für diesen Fall verpflichten sich die Parteien an Stelle der unwirksamen Bestimmung eine wirksame Bestimmung zu vereinbaren, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt und von der anzunehmen ist, dass die Parteien sie im Zeitpunkt des Vertragsschlusses vereinbart hätten, wenn sie die Unwirksamkeit oder Nichtigkeit gekannt oder vorhergesehen hätten. Entsprechendes gilt, falls dieser Vertrag eine Lücke enthalten sollte.
- (4) Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, es sei denn, die zugrundeliegenden Gegenansprüche sind unstrittig oder rechtskräftig festgestellt.
- (5) Gerichtsstand ist Hamburg.

Auftraggeberin:

Hamburg, _____

Verwaltungs-Berufsgenossenschaft

Auftragnehmer:

_____, _____